

Arafat absetzen?

Der "Widerstand" des israelischen Außenministers Peres gegen die sture Haltung seines Premiers schwindet weiter dahin. Anlässlich seines Besuchs bei der Luxemburger Außenministerin Lydie Polfer am vergangenen Montag bestätigte er Sharons Position, wonach die palästinensische Autorität sich Arafats entledigen sollte, weil der keine glaubwürdige Position in den Friedensverhandlungen mehr einnehmen könnte. Peres macht den Palästinensern auch Vorschriften, was die "good governance" anbelangt: Gewaltentrennung, einheitliche polizeiliche Strukturen und ein transparenter Umgang mit internationalen Geldern seien eine Voraussetzung für die Unabhängigkeit Palästinas. Auf die woxx-Frage welche Instanz denn über die israelischen militärischen Aktionen auf palästinensischem Gebiet entscheide, meinte Peres, das seien die Palästinenser selber, solange sie nicht mit den Selbstmordattentaten aufhörten. Beim anschließenden Treffen mit den europäischen AußenministerInnen sah sich Peres der Kritik ausgesetzt, Israel heize die Lage selber an. So stößt eine jüngste Maßnahme, wonach palästinensische Olivenzüchter im Westjordanland ihre Ernte auf Geheiß des israelischen Militärs nicht einholen dürfen, auf internationale Kritik.

Wählerische LuxemburgerInnen

Die LuxemburgerInnen sind wählerisch, wenn es um die Erweiterung der Europäischen Union geht. Das ergab die aktuelle Eurobarometer-Umfrage, in welchem Ausmaß die EU erweitert werden soll. Nach Auffassung von 57,2 Prozent der befragten LuxemburgerInnen sollte die EU lediglich einige der Länder aufnehmen, die ihr beitreten wollen; nur 14 Prozent wollen alle aufnehmen. Unter den gegenwärtigen Kandidatenländern sprechen sich die Luxemburger BürgerInnen vor allem für einen Beitritt von Malta (59,5 Prozent), Zypern (51,9) und die tschechische Republik (50,3) aus. Weniger gern gesehen sind dagegen die baltischen Staaten Estland (43,6 Prozent) und Litauen (42,2). Befürchtet werden von der größeren Gemeinschaft vor allem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit (70,2 Prozent) und ein Verlust sozialer Leistungen (52,8). Da komme noch eine R und bestreite die luxemburgische Affinität zu den SchweizerInnen: Am liebsten hätten die BewohnerInnen des Großherzogtums die EidgenossInnen (81,1 Prozent) und NorwegerInnen (81,6) im EU-Boot - nur wollen diese nicht. Immerhin sind die LuxemburgerInnen weniger skeptisch als die meisten anderen EU-BürgerInnen. Denn 71,2 Prozent sind für eine Erweiterung (im EU-Schnitt sind es 61,4) - allerdings mit laut Eurobarometer sinkender Tendenz.

Umweltkids feiern Geburtstag

Der Regulus Junior-Club, Kinderclub der Lëtzebuenger Natur- a Vulleschutzliga, feiert am 27. Oktober seinen 5. Geburtstag und lädt FreundInnen und Interessierte herzlich zu frisch gepresstem Apfelsaft, Kuchen und buntem Programm ins Haus vun der Natur zwischen 14 und 18 Uhr ein. Der gemeinnützige Verein bietet Kindern von sechs bis 12 Jahren seit 1997 in der Freizeit Naturaktivitäten an. Das Programm der Aktivitäten umfasst vielseitige Themen, die als Leitmotiv immer den respektvollen Umgang mit Natur und Umwelt haben. Die Jugendgruppe für Jugendliche ab 13 Jahren unternimmt erlebnisreiche Aktivitäten und praktische Aktionen in der Natur, damit die jungen Leute die Natur verstehen und schützen lernen. In einem Presse-Kommuniqué weisen die Koordinatorin des Junior-Club, Nora Welschbillig, und Sonnie Nickels vom Service pédagogique auf die Schwierigkeit hin, heutzutage Menschen für ehrenamtliche Arbeit zu motivieren. Diese Feldarbeit sei aber unentbehrlich, "um Naturschutz effizient auszuüben". Spiele und Erlebnisse in der Natur seien hilfreich, jungen Leuten die Zusammenhänge und die Komplexität der Ökosysteme nahe zu bringen. So bauten Kinder ein Verhältnis zur Natur auf, das ihnen ermöglicht, im Erwachsenenalter für Umweltschutz offen zu sein.

DEI LENK UND KP

Schmerzlicher Klärungsprozess

Die Einbindung der KP in "Déi Lénk" ist bisher alles andere als harmonisch verlaufen. Nun scheint sich der Konflikt im Vorfeld der Wahlen von 2004 zuzuspitzen.

(RK) - "Endlich gab es mal eine offene Aussprache." "Die Weichen stehen auf Spaltung." Nach der Versammlung der Nationalen Koordination von "Déi Lénk" am Mittwochabend waren die Meinungen geteilt. Thema der dreistündigen Sitzung: Die Forderung der KP, schon jetzt eine Zusage für Plätze auf den Wahllisten für 2004 zu erhalten. Das war von manchen als Kriegserklärung verstanden worden, umso mehr als von Ansprüchen auf 40 bis 50 Prozent die Rede ging. Ali Ruckert, KP-Präsident, gegenüber der woxx: "Das war kein Erpressungsversuch. Wir haben keine 50 Prozent verlangt und wir wollen auch nicht um Prozente feilschen. Wir verlangen nur, angemessen auf den Kandidatenlisten vertreten zu sein. Wir möchten das frühzeitig klären um zu verhindern, dass sich wiederholt, was 1999 passierte." Aus Sicht der KP-Spitze waren damals bei der Aufstellung der Listen zu Landes- und Gemeindevahlen mehrfach KP-Mitglieder ausgegrenzt worden.

Die Sonderrolle der KP hat sich im Vergleich zu 1999 verstärkt. Bei der Gründung von "Déi Lénk" gab es neben der KP

noch die "Nei Lénk" und die Troztkisten als eigenständige Gruppierungen. Beide sind durch die Zusammenarbeit in "Déi Lénk" bedeutungslos geworden. Die KP dagegen trete immer stärker als geschlossener Block auf, so der Eindruck vieler "Déi Lénk"-Mitglieder. Ali Ruckert sieht das nicht so, er bemängelt vor allem, dass durch die schwellenden Konflikte viele Mitglieder sich zurückziehen würden.

Henri Wehenkel dagegen bedauert, dass seine Partei sich nicht mehr so einbringt wie zu Anfang: "Damals haben wir versucht, offen bei 'Déi Lénk' mitzuarbeiten, zum Beispiel keine Fraktionsdisziplin bei Abstimmungen walten zu lassen." Henri Wehenkel, der vorige Woche aus der KP-Exekutive abgewählt wurde, konzentriert sein Engagement seit längerem auf die Mitarbeit bei "Déi Lénk". Er beobachtet aber auch eine negative Einstellung bei verschiedenen "Déi Lénk"-Militanten: "Es hat von Anfang an Personen gegeben, die dachten, die KP ist am Ende, und wir wollen sie beerben."

Wer darf kandidieren?

Der Vorwurf, die KP werde ausgegrenzt, wurde am Mittwochabend zur Sprache gebracht, ebenso wie die Frage, ob es programmatische Differenzen gebe. Ali Ruckert sieht solche Differenzen, aber: "Für uns reicht es, dass 'Déi Lénk' antikapitalistisch ist, sie muss nicht, wie wir, auf einer marxistischen Grundlage stehen."

**ASYLRECHT**

Utopien aus Straßburg

Das Europaparlament will weiter gefasste Mindeststandards für das gemeinsame europäische Asylrecht als die Kommission. Der Rat muss diese Meinung jedoch nicht berücksichtigen.

(dw) - "Das Europäische Parlament hat eine Tür zur Festung Europa geöffnet", freut sich die grüne Europa-Abgeordnete Jean Lambert. Die Abstimmung vom Mittwoch sei ein "Sieg für eine humanitäre Auslegung des europäischen Flüchtlingsstatus und des Asylrechts". Eine knappe Abstimmung, denn Lamberts Bericht wurde mit nur 278 zu 242 Stimmen befürwortet. Darin fordern die Abgeordneten unter anderem, dass geschlechtsspezifische Verfolgung sowie die Diskriminierung nach sexueller Ausrichtung und ethnischer Abstammung als Asylgrund gelten, dass das Asylrecht nicht nur auf PartnerInnen und Kinder sondern auf andere enge Verwandte ausgeweitet wird. Kinder von AsylbewerberInnen sollen sofort der Schulpflicht unterliegen. Kriegsdienstverweigerer, die vor einem international verurteilten Krieg flüchten, hätten ein Recht auf Asyl.

Diese Empfehlungen gehen in der Tat weiter als die von der Kommission vorgeschlagenen Bedingungen für ein gemeinsames Asylrecht. In der Brüsseler Version war beispielsweise vorgesehen, dass schon der Verdacht des Terrorismus ausreiche, um vom Asylrecht ausgeschlossen zu werden. Auch hier stimmte das Parlament mit Nein. Im Parlamentstext definiert wird auch der Status des "subsidiären Schutzes", das heißt, der Schutz, den Personen außerhalb des Asylrechts genießen können. Ein

solcher Status steht den Verfolgten bei Gefahr von Folter, Todesstrafe, Beschneidung oder Bürgerkriegszuständen zu.

Lange Wunschliste des Parlaments

Soweit die lange Liste des Parlaments. Dass es sich dabei lediglich um eine Wunschliste handelt, erfährt vor allem die Gegner des Textes: die Fraktion der Christdemokraten (EVP). "Gott sei Dank hat das EU-Parlament in dieser Frage kein Mitspracherecht", kommentierte etwa der österreichische ÖVP-Europa-Abgeordnete Hubert Pirker das Ergebnis. Das EU-Abgeordnetenhaus hat in Sachen Asylrecht nur eine beratende Funktion, die Entscheidungen fällen die Minister der 15 EU-Staaten im Rat. Auf dieses Gremium baut jetzt die EVP. Die Forderungen seien "so unrealistisch", dass sie im Ministerrat sehr rasch "in den Papierkorb wandern" würden, ist sich Hubert Pirker sicher.

Als "wichtiges Signal" bezeichnete dennoch der Luxemburger EU-Abgeordnete Claude Turmes (Déi Gréng) das Straßburger Votum. Auch der "Lëtzebuenger Flüchtlingsrot" zeigte sich erfreut darüber und betonte, dessen Umsetzung habe eine große Bedeutung für die Situation in Luxemburg. Die Gruppe der Luxemburger ParlamentarierInnen hatte sich bei der Abstimmung der Mehrheit ihrer jeweili-

Gegenüber der KP-Forderung nach Aufteilung der Wahllisten schwankten die Meinungen zwischen Ablehnung und Kompromissbereitschaft. "Déi Lénk" kenne nur individuelle Mitgliedschaft, also könne es keine Untergruppen mit solchen Ansprüchen geben, argumentierten einige. Andere schlugen vor, das Auswahlverfahren für KandidatInnen in Richtung Proporz umzugestalten. Noch weiter geht die Idee, ein Tendenzen-System innerhalb von "Déi Lénk" zu schaffen, das auch die interne Debatte strukturieren könnte. Am Ende wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Frage der nächsten Wahllisten klären soll.

"Das ist positiv", findet Ali Ruckert. Die KP wolle nur eine Wiederholung von 1999 vermeiden. "Wichtig ist uns, dass es einheitliche linke Listen geben kann, auch wenn das über einen Kompromiss mit Zähneknirschen geht." Eine Spaltung von "Déi Lénk" sei nur die allerletzte Option. Er bedauert allerdings, dass der für Ende November vorgesehene "Déi Lénk"-Kongress auf nächstes Jahr verlegt wurde. Am 8. Dezember tagt der KP-Kongress und wird über die Frage der angemessenen Vertretung der KP bei den Wahlen 2004 debattieren - bis dahin wird es kaum konkrete Garantien geben können.

gen Fraktion angeschlossen: Collette Flesch (DP), Robert Goebels (LSAP), Jacques Poos (LSAP) und Claude Turmes stimmten jeweils für ein weiter gefasstes Asylrecht. Astrid Lulling und Jacques Santer (CSV) sprachen sich jedoch konsequent für eine restriktivere Asylpolitik aus.

Als "verlogen" bezeichnete der deutsche CDU-Politiker Christian von Bötticher die "linke Seite" des Europaparlaments. Während sich die Linke in Straßburg als "Verteidiger der Flüchtlinge" feiern ließe, rühmten sich die eigenen linksgerichteten Regierungen, beispielsweise in Deutschland oder Großbritannien, einer restriktiven Asylpolitik. Dass es nicht allen SozialdemokratInnen ganz ernst war mit dem Parlamentstext, gab zumindest einer offen zu: Ozan Ceyhun. "Ich bin nicht Minister eines Nationalstaates", so Ceyhun vor dem Straßburger Parlament, deshalb müsse er auch nicht seine dänischen oder niederländischen Kollegen überzeugen. Im Parlament hingegen könne man sich Gedanken machen über "Visionen und Utopien", ohne dass diese am Ende "in Form einer Richtlinie von einem Rat verabschiedet werden".

Der Deutsche türkischer Abstammung mag bei diesen Worten wohl an seinen Innenminister Otto Schily gedacht haben, der, wie er selbst früher Mitglied bei den Grünen war und heute SPD-Politiker ist. Schily allerdings dürfte derjenige in der Ministerrunde sein, der sich am wenigsten von den "Parlamentsvisionen" überzeugen lässt.